

Immenstadt, 21.02.2020

Michael Käser
Landratskandidat und
Vorsitzender FDP Oberallgäu

michael.kaeser@fpd-oa.de
www.fdp-oa.de

FDP Oberallgäu
Jörgstr. 2
87509 Immenstadt

T: 083237139
H: 015123576554

Unbeantwortete Leserfragen zur Podiumsdiskussion der Allgäuer Zeitung am 29.01.2020

Wie stehen Sie zu „Wald mit Wild“?

Einen Wald ganz ohne Wild kann ich mir nicht vorstellen. Selbstverständlich müssen je nach Situation vor Ort für angepasste Wildbestände sorgen. Eine Politik nach dem Motto „Wald vor Wild“ lehne ich hingegen ab. Als Landrat würde ich gemeinsam mit den Jägern, den Förstern und den Waldbesitzern neue Wege suchen, wie wir den Wilddruck in den Wäldern möglichst gering halten zu können, ohne dabei die Bestände generell auszurotten. So würde ich mich für ein verbessertes Wild-Monitoring einsetzen, um auf die unterschiedlichen Gegebenheiten in den Wäldern eingehen zu können. Dabei sollten in Zukunft auch die Möglichkeiten der Digitalisierung genutzt werden. Maßnahmen wie eine Nachtjagd, wie von den Grünen im Bayerischen Landtag gefordert wird, lehne ich ab. Diese würde den Wilddruck – der in unserer touristischen Region ohnehin schon groß ist, nur künstlich verschärfen und zu noch mehr Wildverbiss führen. Eine Politik der ausgewogenen Mitte und es Ausgleichs ist hier angebracht.

Was werden Sie tun um Verbraucher, Unternehmen, die Landwirte dazu zu bringen, um ökologisch bzw. nachhaltig zu wirtschaften, einzukaufen und zu handeln auch wenn das Einschränkungen und evtl. auch große Umbrüche in vielen Bereichen bedeutet?

Zunächst ist festzuhalten, dass jeder Verbraucher eine Eigenverantwortung dafür hat, welche Produkte er kauft. Der Gesetzgeber kann jedoch die Rahmenbedingungen, unter denen ein Produkt auf den Markt kommen darf verändern. So ist es mir ein großes Anliegen, dass CO² einen Preis bekommt – am besten durch einen Emissionszertifikatehandel -, der nachhaltiges Wirtschaften und Konsumieren belohnt. Auf diese Weise lassen sich beispielsweise unsere Klimaziele durch ökonomische Anreize erreichen, ohne dass man in eine Verbotsdebatte einsteigen muss. Auf der anderen Seite kann man als Politik auch durch Gütesiegel oder Zertifikate besonders nachhaltige oder faire Produkte unterstützen. Die FDP hat unlängst einen Antrag in den Kreistag eingebracht, das Oberallgäu zum Fair-Trade-Landkreis zu machen.

Sind Sie gewillt, das vom ehemaligen Landrat Gebhard Kaiser verhängte Verbot der Wiedereinführung des Traditionskeinszeichens SF für den Altlandkreis Sonthofen aufzuheben? Bei der Popularität der Traditionskeinszeichen FÜS, MOD,

ILL und KRU in benachbarten Landkreisen ist es nicht einzusehen, weshalb den Einwohnern des ehemaligen Landkreises Sonthofen ihr Altkennzeichen SF weiterhin vorenthalten werden soll, zumal dieses m. W. eines von nur wenigen in Bayern nicht wieder erlaubten Altkennzeichen sein soll. Nachdem Herr Kaiser nun schon sechs Jahre aus dem Amt ist, wäre es Zeit, dieses Verbot nun endlich aufzuheben.

Ich sehe kein Problem darin, das Traditions-kennzeichen SF wieder aufleben zu lassen. Mir fällt kein rationales Argument ein, einem Bürger aus dem Gebiet des Altlandkreis Sonthofen ein solches Kennzeichen verbieten zu wollen.

Als Durchschnittsrentnerhepaar (Generationsvertragsnutznießer) verbleiben uns nach Abzug aller laufenden Kosten wie Miete, NK, Strom, Telefon ca. 600 Euro. Wenn man zur ärztlichen Untersuchung oder zum Einkaufen nach Kempten muss (wir besitzen keinen PKW), ergeben sich folgende Fahrtkosten pro Person: BUS: Wertach nach Oy-Mittelberg € 3.--, BAHN: Oy-Mittelberg nach Kempten €5,30. Die gleichen Kosten bei der Rückfahrt. Leider gibt es ab 19 Uhr von Oy-Mittelberg keine Busverbindung mehr nach Wertach. Hier muss man notgedrungen ein Taxi bestellen, für das € 18 zu bezahlen sind. Hier im Oberallgäu sollte man sich ein Beispiel am Ostallgäu nehmen, da können Rentner (Senioren) über 60 Jahren mit 50% Fahrpreismäßigung die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen. Warum ist das im Oberallgäu nicht möglich?

Der ÖPNV beschäftigt viele Menschen im Oberallgäu. Der Busverkehr braucht in Zukunft eine bessere Taktung. Die Frage ist nur, wie wir dies bewerkstelligen. Die FDP und ich fordern hier das Oberallgäu zu einer Modellregion für autonomen ÖPNV auf dem Land zu machen. Wir können die Probleme der Zukunft nicht mit der Technologie von gestern bekämpfen. Dies hätte viele Vorteile: Flexible Mobilität zu erschwinglichen Preisen. Das dies nicht in den nächsten fünf Jahren Realität sein kann dürfte klar sein. Deshalb muss man auch kurzfristig die Taktung auf dem Land verbessern. Ich denke hier an den Einsatz von sogenannten Anrufsammeltaxis. Die Idee einer generellen Fahrpreismäßigung für Senioren lehne ich hingegen ab, da diese sich nicht meinem Gerechtigkeitsgefühl vereinbaren lässt. Zwar würde das Ihnen in Ihrer konkreten Situation helfen, allerdings gibt auch Rentnerinnen und Rentner, die eine sehr gute Pension haben. Warum sollen diese nicht genauso für den Bus aufkommen, wie jeder andere Fahrgast auch? Viel eher würde ich im Falle einer Bedürftigkeit eine Fahrpreismäßigung gewähren. Generell müssen wir bei der Preispolitik im ÖPNV auf ein günstiges Jahresticket hinarbeiten, wie es schon vom Kreistag einstimmig beschlossen wurde. Davon würden Sie auch maßgeblich profitieren.

Wie stehen Sie zu einem „Fair-Trade Landkreis Oberallgäu“?

Die FDP hat letztes Jahr einen entsprechenden Antrag in den Oberallgäuer Kreistag eingebracht. Wir sind der Überzeugung, dass dies ein Ansporn für alle Kommunen und Bürger wäre, beim Kauf von Produkten mehr auf Nachhaltigkeit und soziale sowie ökologische Gerechtigkeit zu achten. Leider wurde unser Antrag von der Mehrheit des Kreistags abgelehnt.

Wie stehen Sie zu der Idee die Gewerbesteuer in Zukunft anders zu verteilen, d. h. entsprechend der Einwohnerzahl der Gemeinden und nicht entsprechend der Adresse des Firmensitzes/Gewerbes. (Damit verbunden ist der Wunsch, dass nicht jede Gemeinde zwangsläufig auf ihrem Gemeindegebiet Gewerbeflächen ausweisen muss, um von der Gewerbesteuer zu profitieren. So könnte unsinnige Flächenversiegelung verhindert werden und das Gewerbe an günstigen und im Hinblick auf Umweltverträglichkeit unproblematischeren Standorten, am besten ungenutzten Sanierungsflächen seinen Platz finden.)

Generell bin ich offen für solcherlei Vorschläge, da ich auch die Problematik sehe, dass sich durch den Gewerbesteuerwettbewerb manchmal für die Umwelt unvorteilhafte Gewerbegebiete bilden. Allerdings ist der Vorschlag nur durch eine Gewerbesteuerreform auf Bundesebene umsetzbar. Was ich als Landrat allerdings machen werde, ist vermehrt auf Interkommunale Gewerbegebiete zu setzen und diese zu fördern. Wenn zwei oder drei Kommunen an der Entwicklung eines neuen Gewerbegebietes teilnehmen, ist das kein leichtes Unterfangen, allerdings kann dies durchaus zum Wohle aller Beteiligten und der Natur sein.

Was sind Ihre Schlüsselwerte und was wollen Sie davon in Ihrer Politik umsetzen?

Mir sind die Werte Freiheit und Verantwortung extrem wichtig. Falls ich zum Landrat gewählt werde, werde ich dafür sorgen, dass den Bürgerinnen und Bürger möglichst wenig Steine in den Weg werden und die Bürokratie auf ein Minimum reduziert wird. Dabei werden alle meine Entscheidungen unter dem Aspekt einer sozialen und ökologischen Verantwortung für unser Oberallgäu getroffen.

Werden Sie alle Entscheidungen in Zusammenarbeit mit Ihrer Behörde vor dem Kreistag treffen? Schließen Sie Entscheidungen im Alleingang aus?

Selbstverständlich würde ich mich stets mit meiner Behörde kurzschließen, bevor ich wichtige Entscheidungen treffen. Mir wäre die Expertise meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Sinne eines partizipativen Führungsstils sehr wichtig.

Wann wird endlich das Tierleid in Allgäuer Ställen nachhaltig beendet? Wie wird sofort und überall konsequent kontrolliert? Werden diese Bauern richtig bestraft? Wird den gequälten Tieren sofort geholfen? Setzen Sie sich dafür ein! Das Allgäu hat durch diese furchtbaren Vorkommnisse erheblich gelitten und an Glaubwürdigkeit enorm verloren!

Als Landrat werde ich mich konsequent dafür einsetzen, dass das geltende Tierschutzgesetz eingehalten wird. Verstöße dagegen sind ohne Ausnahmen zu ahnden und von den entsprechenden Stellen strafrechtlich zu verfolgen. Beim Veterinäramt, welches für die Kontrollen in den Betrieben zuständig ist, würde ich auf weniger Bürokratie und mehr Beratung setzen. Die Beamten verbringen aktuell viel zu viel Zeit damit zu dokumentieren, als ihrem eigentlichen Auftrag nachzugehen: nämlich das Tierwohl in den Landwirtschaftsbetrieben zu kontrollieren und durch eine professionelle Beratung zu begleiten.

Wie werden Sie den Tierschutz, insbesondere die Tierheime im Oberallgäu unterstützen, insbesondere im Bereich der Fundtierbetreuung, eine an die Tierheime delegierte öffentliche Aufgabe der Gemeinden? Zum Hintergrund: Aktuell bekommen die Tierheime im Schnitt nur ein Drittel der tatsächlich anfallenden Kosten für Fundtiere erstattet. (Kann belegt werden!)

Es braucht dringend eine Strukturreform des organisierten Tierschutzes im Oberallgäu. Aktuell tragen hauptsächlich drei Tierschutzvereine (Sonthofen, Immenstadt und Kempten) die Verantwortung für die Fundtiere im Oberallgäu. Dabei gibt es kein ganzheitliches Konzept. Die Kosten für die Tiere werden von den Kommunen nicht ansatzweise gedeckt. Ich schlage vor, einen Runden Tisch Tierschutz mit den Gemeinden im Oberallgäu und den Tierschutzvereinen zu gründen und gemeinsam über eine Umstrukturierung im Sinne der Tiere nachzudenken. So wäre eine Option, die Finanzierungsverantwortung für die Fundtiere an den Landkreis abzugeben und somit einen einheitlichen und auskömmlichen Finanzierungsstandard zu finden. Auch wäre es sinnvoll die Tierheime im Oberallgäu für bestimmte Tierhaltungen zu spezialisieren. Dies könnte die aktuell angespannte Platzsituation entschärfen und Synergien für die Tiere und tierinteressierte Bürgerinnen und Bürger schaffen.

Mich interessiert, wie Sie zum Pariser Abkommen stehen und insbesondere wie Sie ggf. das Oberallgäu bis 2035 klimaneutral machen wollen?

Ich stehe zu den Klimazielen von Paris. Um diese zu erreichen, genügt nicht eine einzige Maßnahme. Vielmehr setze ich auf einen Blumenstrauß von Maßnahmen. So möchte ich das Oberallgäu zu Wasserstoffzukunftregion machen. Mehrere Tankstellen, an denen PKWs, LKWs und Busse betankt werden können, sowie ein wasserstoffbetriebener Zugverkehr auf den aktuell dieselbetriebenen Strecken

wären ein echter Fortschritt. Auch möchte ich den ÖPNV im Oberallgäu attraktiv machen – mit autonomen Bussen. Eine Modellregion für autonomen ÖPNV auf dem Land ist eine weitere Vision, mit der sich viel CO² einsparen ließe. Die wichtigste Maßnahme, die Klimaziele von Paris einzuhalten, ist allerdings keine, die wir im Oberallgäu beschließen können. Es ist ein echter Preis auf CO² durch einen CO²-Deckel in Kombination mit einem Emissionszertifikatehandel. Werfen wir den Innovationsmotor der Wirtschaft an, die die Lösungen entwickeln kann, die Ökonomie und Ökologie in Einklang bringen.

Welchen Stellenwert haben Natur und Landschaft in Ihrer politischen Arbeit und was gedenken Sie zu unternehmen, dass Artenvielfalt, Bodengesundheit, Wasserreichtum, Wasserqualität, artenreiches Grünland, Feuchtwiesen, Moore und naturnahe Wälder im Oberallgäu erhalten bleiben, zurückkehren bzw. sich wieder ausdehnen können?

Naturschutz und Artenvielfalt sind mir sehr wichtig und müssen bei allen Planungen des Landkreises mitgedacht werden. Dabei darf aber nicht Ökonomie gegen Ökologie ausgespielt werden. Beide Ziele müssen Hand in Hand gehen. Dies erreicht man im Tourismus durch ein vernünftiges und professionelles Besucherlenkungskonzept. Wo es Sinn macht, kann ich mir auch weitere Renaturierungen vorstellen, da Moore zu den effektivsten CO²-Speichern gehören.

Welche Schritte wollen Sie und Ihre Partei ganz konkret umsetzen, um den "Masterplan 100% Klimaschutz" im Allgäu zu realisieren? Wollen Sie sich dafür einsetzen das die für 2050 anvisierten Ziele, schon 2035 erreicht werden, weil es 2050 aller Voraussicht nach eh schon zu spät ist für die Erde und ihre Bewohner?

Ich stehe zu den Klimazielen von Paris. Um diese zu erreichen, genügt nicht eine einzige Maßnahme. Vielmehr setze ich auf einen Blumenstrauß von Maßnahmen. So möchte ich das Oberallgäu zu Wasserstoffzukuftsregion machen. Mehrere Tankstellen, an denen PKWs, LKWs und Busse betankt werden können, sowie ein wasserstoffbetriebener Zugverkehr auf den aktuell dieselbetriebenen Strecken wären ein echter Fortschritt. Auch möchte ich den ÖPNV im Oberallgäu attraktiv machen – mit autonomen Bussen. Eine Modellregion für autonomen ÖPNV auf dem Land ist eine weitere Vision, mit der sich viel CO² einsparen ließe. Die wichtigste Maßnahme, die Klimaziele von Paris einzuhalten, und somit bis 2035 klimaneutral zu werden, ist allerdings keine, die wir im Oberallgäu beschließen können. Es ist ein echter Preis auf CO² durch einen CO²-Deckel in Kombination mit einem Emissionszertifikatehandel. Werfen wir den Innovationsmotor der Wirtschaft an, die die Lösungen entwickeln kann, die Ökonomie und Ökologie in Einklang bringen.

Der Ausbau des ÖPNV und Radverkehrs wird von nahezu allen Politikern befürwortet. Wie wollen Sie sicherstellen, dass hierdurch tatsächlich PKW-Verkehr verlagert wird? Sind hierzu neben einer Förderung des Radverkehrs sowie günstigen und gut ausgebauten ÖPNV-Angeboten auch Maßnahmen zur Einschränkung des PKW-Verkehrs nötig? z. B.: Wie stark sollen Parkgebühren verteuert werden? Sind Sie für einen vollständigen Stopp weiterer Straßenaus- und -neubauten? Wie könnte sonst vermieden werden, dass gute ÖPNV-Angebote zu zusätzlichem Verkehr statt zu einer Verlagerung des Verkehrs vom PKW führen?

In der Tat hat unser Oberallgäu einen besseren ÖPNV verdient. Hierfür setze ich auf ein attraktiveres Angebot, nicht auf das Einschränken des PKW-Verkehrs durch Strafen und Verbote. Wir brauchen eine echte Verkehrsrevolution im Oberallgäu, weswegen ich mich dafür einsetze, dass das Oberallgäu zur Modellregion für autonomen ÖPNV auf dem Land wird. Wir können die Probleme der Zukunft nicht mit der Technologie der Vergangenheit bewältigen. Genauso bezweifle ich stark, dass bei mehr Radwegen alle Bürgerinnen und Bürger auf das Fahrrad umsteigen würden – auch wenn Verbesserungen in der Radweginfrastruktur zu begrüßen sind.

Wie stehen Sie zur Installation mehrerer tausend Mobilfunksender für den neuen Mobilfunkstandard 5G im Oberallgäu? Sind Sie sich bewusst, dass die gesetzlichen Grenzwerte nicht ausreichen, um Schäden an der Natur und der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger auszuschließen?

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir den Ausbau von 5G im Oberallgäu dringend brauchen. Wir können es uns nicht leisten bei der Digitalisierung und technologischen Errungenschaften wie dem autonomen Fahren oder Industrie 4.0 weiter ins Hintertreffen zu geraten. Die von Ihnen unterstellten Gesundheitsgefahren, die von 5 G für den Menschen und die Natur ausgehen, kann ich so nicht sehen. Das Bundesamt für Strahlenschutz sieht hier keine Gefährdung. Dieser Einschätzung schenke ich Vertrauen.

Thema Mobilfunkausbau: Welche Prioritäten setzen Sie beim Mobilfunkausbau? Und was halten Sie von der Errichtung von sog. „Weißen Zonen“ (funkfreien Zonen)?

Sogenannte „Weiße Zonen“ gibt es im Allgäu leider auch ohne Absicht viel zu häufig. Ich bin der Ansicht, dass wir zunächst einmal ein flächendeckendes Mobilfunknetz im Allgäu schaffen müssen. Die Errichtung von funkfreien Zonen wäre dahingegen ein Rückschritt ohne Mehrwert für die Bevölkerung.